

Anspruch



Jürgen Theiner
über die Abwassergebühren

Alles muss raus – in ihrem Privatisierungseifer, der dem damaligen Zeitgeist entsprach, verhöckerte Bremens rot-schwarze Koalition Ende der Neunzigerjahre unter anderem die Stadtentwässerung. Der Erlös war schnell verfrühstückt, zurück blieb eine problematische Struktur: Die Stadt erhebt zwar noch die Abwassergebühr, die Leistung wird aber von einem Privatunternehmen erbracht. Ob die Kosten, die Hansewasser der Kommune dafür in Rechnung stellt, tatsächlich angemessen sind, ist nicht erkennbar. Die Stadt hat 2008 sogar vertraglich ausdrücklich auf Transparenz verzichtet. Es ist schon erstaunlich, dass die Bürgerschaftsmehrheit im Januar 2017 trotzdem nichts dabei fand, eine Anhebung der Gebühr um sechs Prozent durchzuwinken.

Vor diesem Hintergrund ist es auf jeden Fall verdienstvoll, dass Ernst Mönlich als kritischer Bürger diese Zustände hinterfragt und die Stadt vor den Kadi zieht. Ganz gleich wie das jetzt angestregte Verfahren ausgeht: Die Gebührenzahler haben einen Anspruch zu erfahren, ob die Höhe ihrer Abgaben zur erbrachten Leistung passt. Sollte das Oberverwaltungsgericht dies verneinen, ist die Politik erneut gefordert.

Bericht Seite 1
juergen.theiner@weser-kurier.de

Contenance

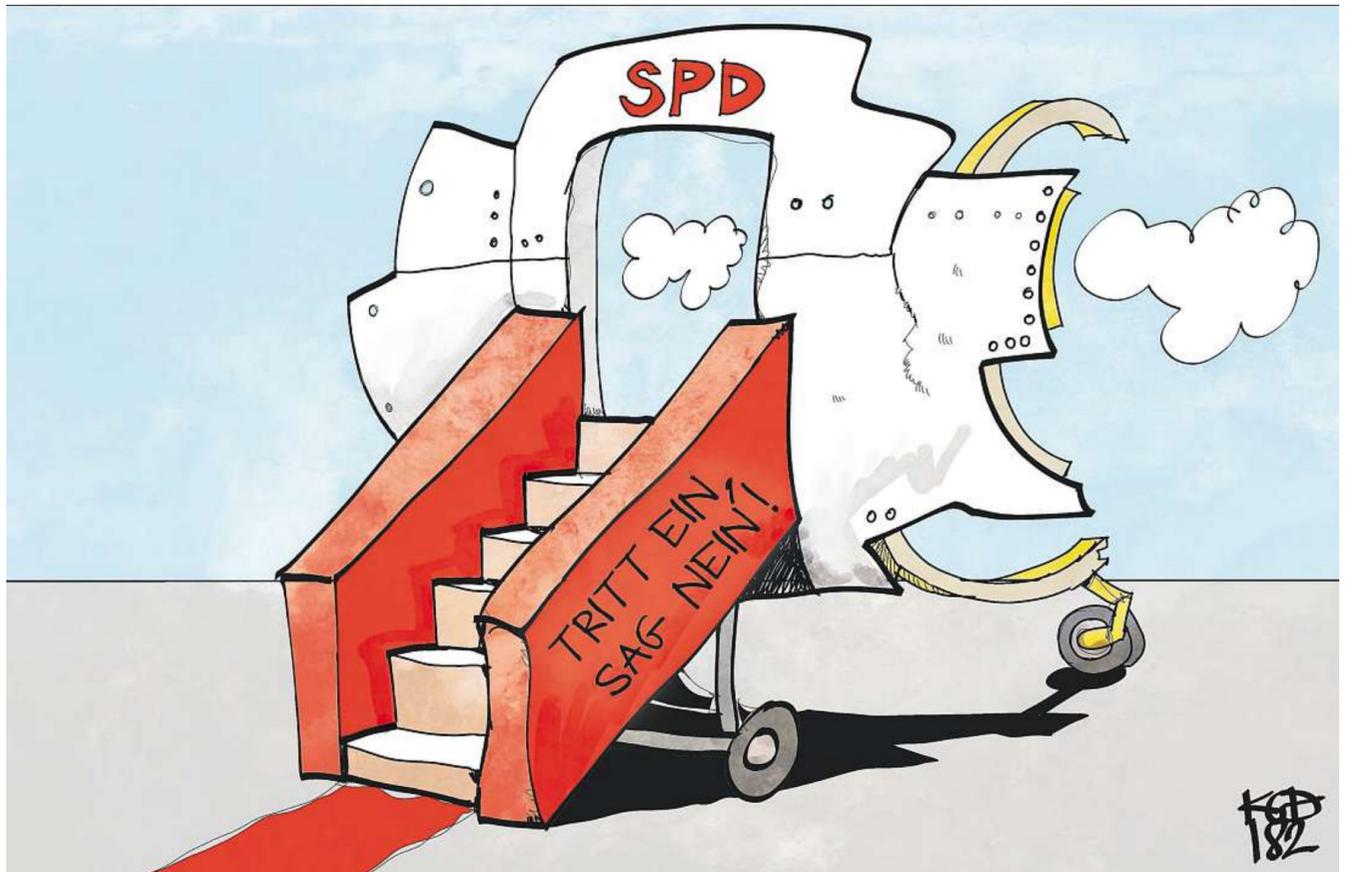


Philipp Jaklin
über die Aktienmärkte

An den internationalen Finanzmärkten konnte man in den vergangenen zwei Jahren manchmal den Eindruck gewinnen, dass die Aktienkurse nur eine Richtung kennen: nach oben. Und klar, in der Weltwirtschaft stehen die Zeichen seit einiger Zeit beständig auf Wachstum. Doch ökonomische Realitäten haben die Investoren ja noch nie übermäßig interessiert. So gesehen ist der Einbruch an den Börsen eine Rückkehr zur Normalität. Denn es ist eben nicht normal, dass der amerikanische Dow-Jones-Index zuletzt mehr als 400 Handelstage lang keine deutliche Korrektur mehr erlebte.

Plötzlich gerät die Aussicht auf wieder steigende Zinsen in den Fokus der Börsianer. Wie gut die Wirtschaft das Ende einer so langen Niedrigzinsphase verkraften wird, ist tatsächlich noch nicht abzusehen. Deswegen jetzt aber aus Aktien zu fliehen, wäre unsinnig – zumal für Kleinanleger. Nach wie vor deutet alles darauf hin, dass diese Anlageform auch 2018 sehr attraktiv bleiben wird. Die Unternehmen haben volle Auftragsbücher, größere Verwerfungen durch Donald Trumps Politik oder den Brexit sind bislang nicht erkennbar. Liegen die Nerven auch blank, hilft jetzt nur eines: Ruhe bewahren.

Bericht Seite 15
philipp.jaklin@weser-kurier.de



Kostas Koufogiorgos

Ein automatischer Beitritt kommt nicht in Betracht



Mirjam Moll
über die Balkanstaaten

Eine „gläubwürdige Beitrittsperspektive“ für die Westbalkanstaaten hatte Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker in seiner Rede zur Lage der EU im vergangenen Herbst gefordert. Serbien, Montenegro, Albanien und Mazedonien sowie Bosnien-Herzegowina und das Kosovo sollen irgendwann zur EU-Familie gehören. Am Dienstag verknüpfte die Kommission erstmals ein mögliches Datum mit der möglichen Erweiterung der Gemeinschaft. Bis 2025 seien zumindest Serbien und Montenegro, mit denen die EU bereits Verhandlungen über den Beitritt führt, „potenziell bereit“. Allerdings sei dies „extrem ambitioniert“ und das bestmögliche Szenario, heißt es in dem Papier, das die Behörde nun in Straßburg vorstellte.

Mit Albanien und Mazedonien laufen bislang jedoch lediglich die Vorbereitungen für die Aufnahme von Gesprächen, Bosnien-Herzegowina und das Kosovo sind noch nicht einmal offizielle Beitrittskandidaten. Doch die EU weiß um die Bedeutung, den sechs Ländern zumindest eine offene Hand entgegenzustrecken. Das soll nun mit sechs neuen Initiativen gelingen: Die Kommission will die Länder in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit und Migration, der wirtschaftlichen Entwicklungen, Infrastruktur und Energienetz sowie Digitalen und nicht zuletzt in den guten nachbarschaftlichen Beziehungen unterstützen. In den vergangenen zehn Jahren flossen bereits neun Milliarden Euro. Allein in diesem Jahr stehen mehr als eine Milliarde Euro für die Unterstützung der Balkanstaaten

bereit. Bis 2020 plant die Behörde eine graduelle Steigerung.

Das verstärkte Engagement soll Glaubwürdigkeit vermitteln. Noch 2014 verkündete Juncker, es werde in seiner Amtsperiode bis 2019 keine Neuzugänge in der europäischen Familie geben – ohne einen Anhaltspunkt zu bieten, wann es neue Beitritte geben könnte. Der Frust in den Hauptstädten der Balkanländer stieg zuletzt merklich: Als Puffer zur EU in der Flüchtlingskrise waren sie gern genommen, aber im Kreis der Gemeinschaft sind sie nach wie vor unerwünscht. Geopolitisch wächst ihre Bedeutung mit den Spannungen zwischen Russland sowie der

Die Gemeinschaft braucht Verbündete in der Region, aber keine neuen Gegner.

Türkei mit der EU zunehmend. Die Gemeinschaft braucht Verbündete in der Region, keine neuen Gegner oder potenzielle Verbündete Moskaus oder Ankaras. Auch deshalb klang die Kommission nahezu gönnerhaft: Sie sei bereit, „Empfehlungen zur Aufnahme offizieller Beitrittsgespräche“ mit Albanien und auch Mazedonien zu geben, hieß es nun.

Allerdings machte die Behörde auch deutlich, dass ein Fortschritt in der Hand der potenziellen Beitrittskandidaten liege. „Die Westbalkanstaaten haben jetzt die einmalige Gelegenheit, ihre Zukunft klar und unzweideutig mit der Europäischen Union zu verknüpfen“, hieß es darin. Mehr noch: „Es kann keine Zweideutigkeit der politischen Führung dazu geben, wohin der

westliche Balkan gehört“, betonte die EU-Institution. Nicht zufällig findet im Mai ein Gipfeltreffen mit den Staats- und Regierungschefs dieser Länder im bulgarischen Sofia statt. Dieses hat in diesem Jahr gemeinsam mit Österreich den halbjährlich rotierenden EU-Vorsitz inne – beide wollen den Beitrittsprozess vorantreiben.

Dabei gilt es, selbst innerhalb der beiden am weitesten fortgeschrittenen Länder Serbien und Mazedonien noch erhebliche Hürden zu überwinden. Belgrad weigert sich nach wie vor, das Kosovo als unabhängigen Staat anzuerkennen. „Die EU wird es nicht akzeptieren, diese Streitigkeiten und die Instabilität, die sie nach sich ziehen könnten, zu importieren“, machte die Kommission klar. Die Liste der Probleme geht noch weiter. Nach wie vor kämpft Serbien mit Korruption, Vetternwirtschaft und zu viel Bürokratie, die es Unternehmen schwer machen, in dem Land Fuß zu fassen. Präsident Aleksandar Vucic steht zwar für einen proeuropäischen Kurs, als ehemaliger Propagandaminister unter Slobodan Milosevic wird ihm vorgeworfen, die Medien zu kontrollieren.

Auch in Montenegro ist die Lage alles andere als aussichtsreich. Zwar gehört der Zwergstaat mit nicht einmal 650.000 Einwohnern seit dem vergangenen Jahr zur Nato. Doch die innerstaatlichen Strukturen wie die korrupte Verwaltung und die mangelnde Rechtsstaatlichkeit, die die EU der Regierung immer wieder vorhält, dürften bis auf Weiteres den Weg in die Gemeinschaft versperren. Die Skepsis in Berlin ist groß, dass all das bis 2025 überwunden werden kann. Regierungssprecher Steffen Seibert betonte deshalb, dass es so etwas wie „automatische Beitritte zu vorher festgelegten Daten nicht geben kann“.

mirjam.moll@weser-kurier.de

Neue Zürcher Zeitung

über die US-Nuklearstrategie: „Wesentliche Verantwortung für den Stillstand bei der Abrüstung trägt Russland, das sein Atomarsenal modernisiert und Vorschläge für weitere Reduktionen abgelehnt hat. Doch der Strategiebericht der Administration Trump zeichnet ein allzu düsteres Bild von den Schwachstellen Amerikas. Er behauptet ohne jeden Beweis, dass man in Moskau davon ausgehe, mit einem begrenzten nuklearen Erstschlag die USA lähmen zu können, daraus wird die Forderung nach der Beschaffung neuer, taktisch einsetzbarer Atomwaffen mit begrenzter Sprengkraft abgeleitet. Diese Analyse überzeugt keineswegs.“

Landeszeitung (Lüneburg)

über die britischen Konservativen: „Kaum hat Theresa May eine Palastrevolte verhindert, muss sie schon wieder ein in Sachen Brexit zutiefst gespaltenes Kabinett auf Kurs halten. Offen bleiben wird allerdings die Frage: Auf welchem Kurs? Das Verantwortung aber nicht nur die stets im Ungefahren operierende Theresa ‚May-be‘ oder ihr unfähiger Amtsvorgänger David Cameron allein. Ideologische Beliebigkeit liegt vielmehr in der DNA der Tory-Partei... Die Wurzel dieser Beliebigkeit ist die Angst vor einer Spaltung der Partei und dem Sturz in die Bedeutungslosigkeit. Die Tragik der Tories besteht darin, dass sie in ihrer manischen Fixierung auf das Thema Europa die Einheit der Partei endgültig zu verspielen drohen.“

Lübecker Nachrichten

über die Regierungsbildung: „Das Grundproblem liegt darin, dass die frisch gewählten Abgeordneten im Bundestag den Parteichefs traditionell zu viel Einfluss geben. In Artikel 38 bestimmt das Grundgesetz, dass Abgeordnete ‚Vertreter des ganzen Volkes‘ sind, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen. Eigentlich haben also die Fraktionen alles in der Hand. Sie könnten jederzeit die Glocke läuten und einen Kanzler wählen oder eine Kanzlerin. Stattdessen dulden sie Koalitionsverhandlungen in Parteizentralen, bei denen Parteichefs das große Wort führen.“

Von Zaunkönigen zu Landesvätern

Lothar Probst
über die Ministerpräsidenten

Damals – in den 1950er-Jahren – hat Konrad Adenauer die Ministerpräsidenten noch als „Zaunkönige“ verspottet. Das ist längst vorbei – heute spricht man von der „Ministerpräsidentendemokratie“, denn die Ministerpräsidenten haben in ihren jeweiligen Ländern und Regierungen eine herausgehobene Stellung, stehen oft im Zentrum der öffentlichen Berichterstattung und können mithilfe von Regierungserklärungen die Grundlinien ihrer Politik verdeutlichen. Zudem können sie aus der Regierungszentrale heraus das Politikmanagement ihrer jeweiligen Regierungskoalition lenken, eigene Politikziele verwirklichen,

ihre persönliche Reputation entwickeln sowie mit Verbänden, Unternehmen und der Öffentlichkeit kommunizieren. Außerdem nehmen sie in Personalunion oft noch eine führende Position in ihrer Landespartei wahr und sitzen im Vorstand ihrer Bundespartei.

Trotz dieser Gemeinsamkeiten gibt es auch Unterschiede in der verfassungsrechtlichen Stellung. So hat zum Beispiel der Senatspräsident in Bremen keine Richtlinienkompetenz. Für die Frage, warum die Beliebtheitswerte von Ministerpräsidenten ganz unterschiedlich ausfallen, ist dies jedoch zweitrangig. Vielmehr kommt es darauf an, ob und wie sich ein Ministerpräsident einen Amtsbonus erarbeitet. Während sich früher Ministerpräsidenten entweder als betuli- che Landesväter oder als reine „Macher“ profilierten, setzen heute Spitzenpolitiker in den Ländern eher auf pragmatische

Moderation, treten als Schlichter auf und schmieden Allianzen. Das bedeutet jedoch nicht, dass sie ihre Kompetenzen als Entscheider vernachlässigen dürfen. Auch ein moderner Führungsstil muss zu konkreten Politikergebnissen führen und sich durch effektives Politikmanagement auszeichnen.

Zugleich wird das Verhältnis zu den Wählern für den Amtsbonus zunehmend wichtiger. Vor dem Hintergrund nachlassender Bindungsfähigkeit von Parteien und eines gewachsenen Selbstbewusstseins vieler Bürger kann sich derjenige Vorteile verschaffen, der als präsidialer Landesvater die Bürger als Adressat seiner Politik ernst nimmt und ihnen Möglichkeiten der Beteiligung eröffnet. Die sogenannte Kultur des Gehörtwerdens und der Beteiligung, wie sie von Winfried Kretschmann beschworen wird, zählt in diesem Zusammenhang zu den Tugenden,

die die Beliebtheit eines Ministerpräsidenten fördern können.

Insofern hat derjenige gute Aussichten, sich einen Amtsbonus zu verdienen, der sich auf die Rolle als Landesvater versteht, das Ohr an seinen Bürgern hat und dies mit der Rolle als Moderator, effektiver Politikmanager und Entscheider zu kombinieren versteht.



Unser Gastautor
ist Professor und Mitglied des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Bremen. Bis zu seiner Pensionierung im April 2016 war er dort Leiter des Arbeitsbereichs Wahl-, Parteien- und Partizipationsforschung.

Namentlich gekennzeichnete Kommentare geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

WESER KURIER
TAGESZEITUNG FÜR BREMEN UND NIEDERSACHSEN
Bremer Nachrichten
WESER-ZEITUNG - DIE NORDDEUTSCHE
Verdener Nachrichten
TAGESZEITUNG FÜR STADT UND KREIS VERDEN
Bremer Tageszeitungen AG
Martinistraße 43, 28195 Bremen
Chefredaktion: Moritz Döbler (v.i.S.d.P.), Silke Hellwig
Stellvertretender Chefredakteur: Marcel Auermann
Geschäftsführender Redakteur: Christian Wagner
Chefredakteur: Jürgen Hinrichs - Chefredakteur Kultur/Medien:
Dr. Hendrik Werner - Politik: Joerg Helge Wagner
Bremen/Niedersachsen: Mathias Sonnenberg - Wirtschaft:
Philipp Jaklin - Kultur: Iris Hatscher - Sport: Jörg Niemeier (komm.)
Regionales: Antje Borstelmann, Michael Brandt, André Fesser
Leiter Zentralredaktion: Markus Peters - Leiter Sonderthemen:
Stefan Dammann - Art-Direktor: Franz Berding
Büro Berlin: Steven Geyer (Leitung) - Büro Hannover:
Peter Mlodoch - Büro Hamburg: Mona Adams
Bezugspreis bei Zustellung im Bremer Wirtschaftsraum
monatlich 34,90 € einschließlich 7% USt.
Für den Anzeigenteil verantwortlich:
David Koopmann, Tanja Bittner
Anzeigenpreise und -bedingungen nach Preisliste Nr. 72.
Öffnungszeiten Kundenzentrum im Pressehaus Bremen:
montags bis freitags von 9 bis 18 Uhr, sonnabends von 9.30 bis
14 Uhr. Telefonisch erreichen Sie uns montags bis freitags von
6.30 bis 18 Uhr, sonnabends von 7 bis 12 Uhr und sonntags von
9 bis 12 Uhr. Öffnungszeiten unserer regionalen Zeitungshäuser
entnehmen Sie bitte Ihrer beigelegten Regionalausgabe.
Verlag:
Telefon: 0421/36710 Telefax: 0421/36711000
Abonnenten-Service:
Telefon: 0421/36716677 Telefax: 0421/36711020
E-Mail: abonnentenservice@weser-kurier.de
abonnentenservice@bremer-nachrichten.de
Nachliefer-Service: (bis 11 Uhr):
Telefon: 0800/3671222*
*Kostenlos aus dem Festnetz, Mobilfunktarife können abweichen
Redaktion
Telefon: 0421/36710 Telefax: 0421/36711000
E-Mail: redaktion@weser-kurier.de
redaktion@bremer-nachrichten.de
Anzeigenannahme:
Telefon: 0421/36716655
Telefax: 0421/36711100 (Anzeigen)
Telefax: 0421/36711010 (Kleinanzeigen)
E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de
anzeigen@bremer-nachrichten.de